



# Arbeitsmaterialien

## für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der friedens- und entwicklungspolitischen Bildungsarbeit

Diese Sammlung enthält Fallbeispiele, welche die Ursachen und Hintergründe von drei unterschiedlichen Konfliktkontexten skizzenhaft beschreiben. Sie richtet sich an Personen, die eigene Bildungsveranstaltungen zum Thema Zivile Konfliktbearbeitung oder Konfliktanalyse durchführen möchten. Die Fallbeispiele können als Diskussionsgrundlage für den Austausch in Kleingruppen dienen oder zur inhaltlichen Vorbereitung der Seminarleitung hilfreich sein.

Die Fallbeispiele sind im Rahmen des von Ohne Rüstung Leben durchgeführten Projektes »Friedliche Gesellschaften gemeinsam gestalten – die Agenda 2030 unter dem Blickwinkel Frieden« entstanden. Sie wurden in vier eintägigen Workshops mit dem Titel »Konflikte verstehen – Friedliche Gesellschaften gemeinsam gestalten« eingesetzt. Die Workshops fanden im Mai und Juni 2018 in Stuttgart, Tübingen, Heidelberg und Freiburg unter der Leitung von Kerstin Deibert, Referentin für Frieden und Entwicklung bei Ohne Rüstung Leben, und Dr. Martin Quack, Friedens- und Konfliktforscher, statt.

### Inhaltsverzeichnis

■ Konflikte in der DR Kongo .....	2
■ Vergangenheitsarbeit in Kosovo .....	5
■ Friedliches Zusammenleben fängt vor Ort an .....	9

Kontakt und Bezug:

Kerstin Deibert  
Ohne Rüstung Leben  
Arndtstraße 31  
70197 Stuttgart  
[www.ohne-ruestung-leben.de/weiterbilden](http://www.ohne-ruestung-leben.de/weiterbilden)

# Konflikte in der DR Kongo

## – eine Einführung –



### Setting

Die Demokratische Republik Kongo ist fast sieben Mal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland und gehört zu den größten Ländern auf dem afrikanischen Kontinent. Knapp 80 Millionen Menschen leben dort. Obwohl das Land reich an Rohstoffen ist und über große Süßwasserreserven und riesige tropische Regenwälder verfügt, ist die soziale und humanitäre Situation katastrophal. Jahrzehntelange Ausbeutung während der Kolonialzeit und Diktatur

sowie die darauf folgende Kriege haben das zentralafrikanische Land bitterarm gemacht. Etwa 3 von 4 Menschen leben heute in extremer Armut. Nur etwa die Hälfte der Bevölkerung hat einen angemessenen Zugang zu Trinkwasser. Die Lebenserwartung der Kongolesinnen und Kongolesen liegt bei unter 60 Jahren. Im Vergleich: in Deutschland leben Menschen durchschnittlich über 80 Jahre.

---

### Konfliktgeschichte

Das Leben in der DR Kongo ist seit Jahrzehnten durch Krieg und Gewalt geprägt. 1885 vereinnahmte der belgische König Leopold II das Gebiet der heutigen DR Kongo als seinen »Privatbesitz«. Seine Herrschaft gilt als eines der grausamsten Kolonialregime der Geschichte. Bis 1908 beutete er Bevölkerung und Natur rücksichtslos aus, z.B. durch Sklaverei für die Kautschukgewinnung. Millionen Kongolesinnen und Kongolesen starben während dieser Zeit einen gewaltsamen Tod. Nach Leopolds Herrschaft wurde das Land unter dem Namen »Belgisch-Kongo« fünf Jahrzehnte lang zur Kolonie.

Anfang der 90er Jahre griff der Konflikt zwischen den beiden Volksgruppen Hutu und Tutsi im benachbarten Ruanda auf die DR Kongo über. Der Konflikt in Ruanda gipfelte 1994 im Völkermord an Hunderttausenden Tutsi und gemäßigten Hutu. Mehr als zwei Millionen Menschen flohen über die Grenze in die DR Kongo.

1965 putschte sich Joseph Mobutu an die Macht und regierte 32 Jahre lang mit einer der korruptesten Diktaturen Afrikas. Er benannte das Land in »Zaire« um, Gewinne aus dem Ressourcenabbau deponierte seine Regierung auf Privatkonten und er bereicherte sich mit Entwicklungsgeldern.

Eine Reihe an gewaltsamen Konflikten folgte. Der zweite große Bürgerkrieg zwischen 1998 und 2003 wurde wegen seiner großen Anzahl an Akteuren auch als »afrikanischer Weltkrieg« bezeichnet. Involviert waren neben kongolesischen Truppen und Rebellengruppen auch Armeen aus anderen afrikanischen Ländern, darunter Ruanda, Uganda, Burundi, Angola und Simbabwe. Insbesondere der Osten des Landes ist bis heute von bewaffneten Auseinandersetzungen betroffen.

## Situation heute

Obwohl der Bürgerkrieg 2003 offiziell beigelegt wurde leidet die Bevölkerung des Landes bis heute unter der sehr angespannten Sicherheitslage. Ende 2017 hatten die Hilfswerke der Vereinten Nationen die allerhöchste Alarmstufe für die DR Kongo ausgerufen. Der sogenannte »Level 3« gilt ansonsten nur für Syrien, den Irak und Jemen. Über 4 Millionen Menschen sind derzeit auf der Flucht vor Gewalt.

Seit 2016 verschleppt Staatspräsident Joseph Kabila die Wahlen und die Menschenrechtsslage verschlechtert sich

zunehmend. Demonstrationen werden zum Teil mit massiver Gewalt niedergeschlagen, freie Medien und organisierte Zivilgesellschaft werden mit unverhältnismäßiger Härte unterdrückt und eingeschüchtert. Der Amnesty Jahresbericht 2018 berichtet, dass sowohl bewaffnete Gruppen als auch Regierungstreitkräfte gegen Zivilpersonen im Osten des Landes vorgingen und sich an der rechtswidrigen Ausbeutung von Bodenschätzen beteiligten ohne strafrechtliche Konsequenzen befürchten zu müssen.

---

## Konfliktlinien

Die Akteurslandschaft der am Konflikt beteiligten Parteien ist unübersichtlich, die Konfliktursachen sind komplex. Der Zivile Friedensdienst geht von mehr als 70 bewaffneten Gruppen aus, die derzeit den Osten des Landes kontrollieren. Den immer wieder aufflammenden Konflikten der letzten Jahrzehnte liegen verschiedene Auslöser und Motive zugrunde, die in unterschiedlichen Konfliktkonstellationen zutage kommen. Politische, ethnische und ökonomische Konfliktlinien überlagern sich. Beispielsweise stehen ruandisch-stämmige Tutsi und Hutu in Konkurrenz zu indigenen, kongolesisch-stämmigen Völkern.

Konflikte entstehen auch um Macht und Einfluss, unter anderem bei der Vergabe von wichtigen Posten in der Verwaltung und im Militär. Außerdem gibt es Konflikte um Landbesitz. Die kongolesische Gesellschaft zersplittert mehr und mehr. Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten sowie Geflüchtete aus Nachbarländern erfahren massive Ausgrenzung und Diskriminierung. Spannungen zwischen den Volksgruppen Hutu und Tutsi führen darüber hinaus zu unterschiedlichen Konflikt dynamiken. Die M23, die mächtigste Rebellen gruppe in der DR Kongo in den Jahren 2012 bis 2013, bestand z.B. größtenteils aus Tutsi-Rebellen und kämpfte jahrelang gegen Hutu-Milizen.

---

## Ressourcenkonflikte

Der Kampf um den Zugang zu natürlichen Ressourcen ist nur einer von verschiedenen Aspekten in einer vielschichtigen Gemengelage. Er spielt aber eine entscheidende Rolle im Konfliktgeschehen auf allen Ebenen – regional, national und lokal – und soll deshalb hier vertieft werden: Die DR Kongo, insbesondere die Ostprovinzen, sind reich an Bodenschätzen

wie Coltan, Zinn, Kupfer, Gold, Uran und Diamanten. Coltan wird u.a. für die Herstellung von Mobiltelefonen verwendet und ist auf internationalen Märkten gefragt.

Milizen, Rebellen und Regierungsgruppen bekämpfen sich um die Kontrolle über die Bodenschätze. Um die Ausbeutung der

Ressourcenbestände haben sich in der DR Kongo – aber auch in anderen afrikanischen Ländern – lokale Kriegsökonomien entwickelt. Bewaffnete Gruppen finanzieren sich durch Plünderungen und den Handel mit natürlichen Ressourcen und kaufen mit den Erlösen Waffen. Die Konflikte im Land können als eine Mischform aus politisch motiviertem Bürgerkrieg und organisierter Kriminalität verstanden werden.

Der Ressourcenreichtum wird der Zivilbevölkerung zum Verhängnis: Anstatt an den Bodenschätzen zu verdienen, werden sie Opfer der bewaffneten

Auseinandersetzungen. Sie werden zur Flucht gezwungen, Bewaffnete vergewaltigen Frauen, zwangsrekrutieren Minenarbeiter und Kindersoldaten in den Dörfern.

Akteure der ressourcenbezogene Konflikte der DR Kongo sind dabei längst nicht nur innerhalb der Landesgrenzen zu finden. Durch globale Wirtschaftsverflechtungen beeinflussen transnationale Konzerne immer mehr das Konfliktgeschehen. Auch Nachbarländer wie Ruanda und Uganda haben in der Vergangenheit Milizen bei der Plünderung unterstützt.

---

### **Lokale Ansätze in der Konfliktbearbeitung**

Seit 1999 sind UN Blauhelme in der DR Kongo stationiert. Monusco, die »Mission der Vereinten Nationen für die Stabilisierung in der DR Kongo« ist die größte und teuerste UN-Mission der Welt. Sie unterhält 18.000 Uniformierte und 4.000 zivile Angestellte. Frieden und Stabilität sind trotz des Großeinsatzes in weiter Ferne.

Zivilgesellschaftliche Stimmen betonen die Bedeutung von lokalen Friedensinitiativen für Gewaltprävention in der DR Kongo und fordern, dass diese mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung erhalten.

Während die UN-Mission hauptsächlich auf nationaler Ebene ansetzt und sich z.B. auf die Umsetzung der Vereinbarungen über freie Wahlen konzentriert, nehmen Grasswurzel-Initiativen die Ursachen von Gewalt auf lokaler Ebene in Blick. Lokale Nichtregierungsorganisatoren, lokale Autoritäten und Zivilgesellschaft sind hier die Hauptakteure. Sie suchen z.B. bei Landkonflikten nach gewaltfreien Lösungen oder unterstützen Versöhnungsprozesse verfeindeter Gruppen.

Das »Life and Peace Institute« und seine kongolesischen Partner sind ein Beispiel in der Provinz Kivu. Mit gemeindeübergreifenden Foren schaffen sie Räume für Dialog über lokale Landkonflikte und bearbeiten so Spannungen bevor daraus Gewalt entstehen kann.

Ein weiteres Beispiel ist ein grenzüberschreitendes friedenspädagogisches Projekt der kongolesischen Organisation RIO und ihrer ruandischen Partnerorganisation UMUSEKE.

Die Organisationen arbeiten u.a. mit Friedensaktivistinnen und -aktivisten aus der DR Kongo, Ruanda und Burundi zusammen, um gemeinsam mit Jugendlichen nachhaltigen Frieden zu schaffen. Ziel ist, Jugendliche für Ausgrenzungsmechanismen wie Diskriminierungen oder Verurteile zu sensibilisieren und Methoden gegen ausgrenzendes Verhalten zu erarbeiten.

In einem dreitägigen Workshop bilden RIO und UMUSEKE außerdem Lehrerinnen und Lehrer aus, um friedenspädagogische Ansätze in Schulen zu verankern.

# Vergangenheitsarbeit in Kosovo

– eine Einführung –



## Setting

Kosovo liegt auf dem westlichen Teil der Balkanhalbinsel. Kosovo hat etwa 1,9 Millionen Einwohner, 27,5 Prozent sind arbeitslos, von den unter 25-Jährigen sogar 57 Prozent; 30 Prozent leben deutlich unter der Armutsgrenze.

Die jüngere Geschichte ist durch den Kosovokrieg von 1999 und dessen Folgen geprägt. Der völkerrechtliche Status des Landes ist umstritten. 112 der 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen erkennen die Republik Kosovo als unabhängig an.

Die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates stellte Kosovo unter die Verwaltungshoheit der Vereinten Nationen und garantierte die Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien (heute Serbien). Zudem wird die politische Entwicklung seit dem 9. Dezember 2008 durch die EU-Mission EULEX überwacht. Dies gilt auch für die überwiegend von Serben bewohnte Region Nordkosovo, die von der Regierung Kosovos derzeit nur teilweise kontrolliert wird.

---

## Vergangenheitsarbeit

Der ZFD in Kosovo leistet Vergangenheits- und Bildungsarbeit und damit einen Beitrag zu einer öffentlich sichtbaren, friedensfördernden Erinnerungskultur. Kosovarische Akteure aus Zivilgesellschaft, Kunst, Medien, Wissenschaft, Bildung und Verwaltung kooperieren mit dem Forum Ziviler Friedensdienst (ForumZFD) und anderen internationalen Akteuren. Zu den Hauptzielen des ZFD gehört die Unterstützung kosovarischer Organisationen und Akteuren, die einen friedvollen Umgang mit der konfliktgeladenen Vergangenheit fördern. Nach und nach entsteht ein sicherer Raum für kritische Debatten zum Thema Nationalismus, Krieg und Gewalt, vor allem in populären öffentlichen Bereichen wie Kunst, Kultur und Medien, aber auch im akademischen Sektor. Ein wichtiges

Anliegen ist dabei die regionale Vernetzung. Daher initiierte der ZFD u.a. das Internetportal »Dealing with the Past« oder das Magazin »Balkan.Perspectives«. Die Ausstellung MONUMENTI mit ihrem Begleitprogramm, die Denkmäler und Identitätspolitik auf dem Balkan thematisiert hat, ist ein Beispiel für eine Erinnerungskultur, die Alternativen zu den offiziellen, nationalistischen Narrativen anbietet. Bei der friedensfördernden Bildungsarbeit liegt der Fokus vor allem darauf, Methoden der gewaltfreien Konflikttransformation zu institutionalisieren. Dies geschieht beispielsweise durch Mediationstrainings in Schulen, die Entwicklung von kritischem Unterrichtsmaterial und durch die Unterstützung von Lehrenden.

## Konfliktgeschichte

Nach dem Tod von Präsident Tito 1980 machte die neue nationalistische serbische Führung den Autonomiestatus des Kosovo rückgängig. Hintergrund waren Bestrebungen, den drohenden Zerfall Jugoslawiens mit der Bildung eines hegemonialen Groß-Serbiens aufzufangen. Die serbischen Nationalisten reklamierten alle Gebiete, in denen Serben lebten und die eine wichtige Rolle im kollektiven Gedächtnis der Serben spielen, als Teil des serbischen Staates.

Um die sich verstärkenden Proteste albanischer Kosovaren zu brechen, wurden alle für öffentliche Institutionen oder staatliche Betriebe arbeitenden Kosovo-Albaner entlassen. Die albanische Bevölkerung wurde auch vom öffentlichen Bildungssystem ausgeschlossen. Daraufhin verstärkten die Kosovo-Albaner ihren Widerstand und bauten parallele Verwaltungs- und Bildungsstrukturen auf.

Die wirtschaftliche Krise trug zur weiteren Radikalisierung auf beiden Seiten bei. Kosovo wurde als wirtschaftlich rückständigste Region besonders hart getroffen. Ab 1989 stoppte die Regierung alle Investitionen und Subventionen für Kosovo.

Ende der 1990er Jahre begannen kriegsähnliche Auseinandersetzungen

zwischen den serbischen Streitkräften und der Kosovarischen Befreiungsarmee (UÇK). Die kosovarische Zivilbevölkerung wurde Opfer systematischer Überfälle, Vertreibungen und Massenmorde. Im September 1998 verurteilte der UN-Sicherheitsrat in der Resolution 1199 die Gewalt durch serbische Polizisten und Soldaten. Nach dem Scheitern der Verhandlungen in Rambouillet (Frankreich) griff im Frühjahr 1999 die NATO mit Luftangriffen auf Serbien ohne UN-Mandat ein. Die UN-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999 besiegelte das Ende des Krieges und unterstellte Kosovo der Verwaltungshoheit der UN-Mission im Kosovo (UNMIK). Die Resolution ersetzt bis heute den noch immer ausstehenden Friedensvertrag.

Trotz massiver internationaler Präsenz kam es im März 2004 zu Ausschreitungen, bei denen radikale kosovo-albanische Gruppen Angehörige der serbischen Minderheit und der Roma angriffen. Häuser, orthodoxe Kirchen und Klöster wurden in Brand gesteckt und zerstört. Mindestens 19 Menschen kamen ums Leben, über tausend wurden verletzt. Gewaltakte richteten sich auch gegen UNMIK.

Die 2008 proklamierte Unabhängigkeit Kosovos wurde inzwischen von 112 Staaten anerkannt, darunter auch von Deutschland.

---

## Situation heute

Die Beziehungen zwischen beiden Ländern sind weiterhin sehr angespannt. So schickte Serbien Anfang 2017 anlässlich der Wiederaufnahme des seit 18 Jahren unterbrochenen Bahnverkehrs einen Propaganda-Zug mit der Aufschrift »Kosovo ist Serbien« nach Kosovo. Der Zug wurde wegen heftiger Proteste kurz vor der Grenze gestoppt.

Geschlossene Abkommen werden weiterhin nur schleppend oder gar nicht umgesetzt. So einigten sich Serbien und Kosovo 2015 darauf, die serbischen parallelen Polizei- und Justizstrukturen im mehrheitlich von Kosovo-Serben bewohnten Nordkosovo aufzulösen und in die kosovarischen Strukturen zu integrieren. Während die kosovo-serbischen Polizisten relativ rasch und erfolgreich in die kosovarische Polizei

integriert wurden, war dies für Richter und Staatsanwälte nicht der Fall. In der Folge herrschte in Nord-Kosovo ein mehr als zweijähriges juristisches Vakuum, ehe Ende Oktober 2017 die ersten Richter und Staatsanwälte vereidigt wurden.

Der ebenfalls 2015 beschlossene kosovo-serbische Gemeindeverband ist bis heute nicht zustande gekommen. Der Zusammenschluss soll den beteiligten Gemeinden ein größeres Maß an Selbstverwaltung ermöglichen und die Interessenvertretung der serbischen Minderheit auf eine neue Grundlage stellen.

Die Kriege der 1990er Jahre und ihre Folgen sind in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens weiterhin sehr präsent. Vertreibungen, Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen haben die gesellschaftlichen Beziehungen nachhaltig beschädigt und viel Vertrauen zerstört. Um auf beiden Seiten die Kriegsvergangenheit aufzuarbeiten wurde nach Ende des »Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien« ein neuer »Sondergerichtshof für Kriegsverbrechen im Kosovo-Krieg« 2017 eingerichtet.

Eine rein juristische Herangehensweise lässt sich jedoch leicht nationalistisch instrumentalisieren. Eine gemeinsame Verantwortung für die gewaltsame Ver-

gangenheit und die künftige Entwicklung ist deshalb darauf angewiesen, dass gegenseitiges Vertrauen wachsen und Wiedergutmachung (*restorative justice*) entwickelt werden kann. Ehemalige Konfliktparteien blicken oft einseitig auf die Vergangenheit zurück und manche Bevölkerungsgruppen verharren in ihrer Opferrolle.

Die Gesellschaft des westlichen Balkans bleibt auch lange nach den Bürgerkriegen tief gespalten. Vielerorts wurde die Vergangenheit noch nicht konstruktiv aufgearbeitet. Das hat zur Folge, dass ethnische und nationale Feindseligkeiten unter Oberfläche weiter schwelen und neuen Nährboden für Radikalisierung und Instrumentalisierung bieten. Auch ungeklärte Territorialansprüche in manchen Regionen oder über nationale Grenzen hinweg belasten die Friedensprozesse. Es gibt immer noch eine hohe Zahl Geflüchteter, ca. 1.500 vermisste Personen und die Strafjustiz ist mangelhaft. Darin liegt ein hohes Potenzial für erneute Eskalationen und notwendige Reformen werden blockiert.

Immer wieder steigen die Zahlen, der Menschen die vor Perspektivlosigkeit, Armut und Verfolgung in Kosovo fliehen und nach Deutschland kommen. Die Perspektive eines EU-Beitritts ist für Kosovo weiterhin weit entfernt.

---

## Konfliktlinien

In Kosovo können mehrere miteinander verwobene Konfliktebenen unterschieden werden:

- Die Spannungen zwischen der albanischen Mehrheit (88 Prozent) und der serbischen Minderheit (7 Prozent) zur Statusfrage.
- Tiefe Bruchlinien zwischen den politischen Lagern innerhalb der kosovo-albanischen Mehrheit verstärken in der

Bevölkerung den Vertrauensverlust gegenüber der Politik.

- Auch auf kosovo-serbischer Seite gibt es Konflikte zwischen Belgrad-treuen und anderen Gruppen.

Durch ethnische, familiäre und politische Zugehörigkeit geprägte informelle Netzwerke, die von den politischen Parteien gezielt unterstützt und

alimentiert werden, bestimmen das politische und wirtschaftliche Leben.

Die herrschenden politischen Eliten nutzen ungestraft ihre Macht, um sich die wirtschaftlichen Ressourcen des Landes anzueignen und so den Sozial- und Rechtsstaat und die Demokratie zu unterhöhlen. Für eine große Mehrheit der Kosovaren sind die schlechte wirtschaftliche Situation und die grassierende Korruption die wichtigsten Probleme des Landes. Machtkämpfe innerhalb der politischen Eliten blockieren längst fällige Reformen. Ein Beispiel ist die Schengen-

Visafreiheit als Gegenleistung für Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung.

Das Wirtschaftswachstum, das seit mehreren Jahren über 3 Prozent beträgt, wird hauptsächlich durch den (für Korruption anfälligen) Bausektor getragen. Geldüberweisungen der Diaspora machen ca. 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Der Industriesektor ist unterentwickelt, die Schattenwirtschaft umfasst rund 35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In der internationalen PISA-Studie von 2015 schnitt Kosovo als einer der schlechtesten Staaten ab.

---

### Staatliche Interventionen

Nach dem Kriegseinsatz 1999 und den UNMIK- und EULEX-Mandaten findet seit 2011 unter EU-Vermittlung ein Dialog für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien statt, der im April 2013 zur Unterzeichnung des Brüsseler Abkommens geführt hat. Daraufhin erhielt Serbien 2014 grünes Licht für den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen; 2015 unterzeichnete Kosovo das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU.

Für Fortschritte bei der Überwindung der zwischen- und innerstaatlichen Konflikte und für Reformen erhält Kosovo pro Jahr über 100 Millionen Euro. Doch die schwindende Beitrittsperspektive mindert

die Bereitschaft, Reformen und Abkommen umzusetzen.

Die EU lässt die Regierungen im westlichen Balkan weitgehend gewähren, solange diese innere und regionale Stabilität gewährleisten. Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit und zivilgesellschaftlicher Partizipation haben für die EU deutlich geringere Priorität.

Parlament und Zivilgesellschaft lässt die EU außen vor, obwohl zahlreiche Initiativen einen zivilgesellschaftlichen Dialog pflegen. Auch Kosovo-Serben nehmen nicht an dem Dialogprozess teil, obwohl Nord-Kosovo ein zentrales Thema der Verhandlungen ist.



# Friedliches Zusammenleben fängt vor Ort an

– der Zivile Friedensdienst in Deutschland –



## Flucht und Migration – der globale Kontext

Die Zahl der geflüchteten Menschen weltweit ist so hoch wie nie zuvor. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen geht von 65 Millionen Menschen aus, die aktuell auf der Flucht sind. Das bedeutet, dass im Durchschnitt in jeder Minute des vergangenen Jahres 20 Männer, Frauen und Kinder aus ihrer

Heimat vertrieben wurden. Dabei wird die überwiegende Mehrheit der Menschen, die über Staatsgrenzen hinweg fliehen mussten (etwa 80 Prozent), in Ländern außerhalb westlicher Industriestaaten aufgenommen – allen voran von der Türkei, Pakistan, vom Libanon, vom Iran, von Uganda und Äthiopien.

---

## Asylanträge in Deutschland im Überblick

In Deutschland bewegt die »Flüchtlingsfrage« Medien und Gemüter seit Mitte 2015, als die Zahl der Personen, die Zuflucht in Europa suchten, stark anstieg. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erreichte die Anzahl der Asylanträge 2016 einen Höchststand seit 1953 mit insgesamt 745.545 Asylanträgen. Menschen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak waren dabei am meisten vertreten. Zum Vergleich: im Zeitrahmen 2000 bis 2010

lagen die Zahlen für Asylanträge zwischen 28.018 und 118.306 Anträgen pro Jahr.

Seit 2017 nehmen die Zahlen jedoch deutlich ab, weil die EU ihre Außengrenzen de facto in andere Länder wie Libyen ausgelagert hat. Pro Asyl berichtet, dass darüber hinaus auch die Ablehnungsquoten bei Asylanträgen in Deutschland seit 2016 steigen.

---

## Willkommenskultur?

Das Schicksal der Geflüchteten hat bundesweit eine Bewegung der Willkommenskultur ausgelöst und unzählige ehrenamtliche Strukturen zur Unterstützung der Angekommenen haben sich quasi über Nacht gebildet. Gleichzeitig stellt die Aufnahme mehrerer hunderttausend Geflüchteter und ihre Integration viele Kommunen in Deutschland vor große Herausforderungen.

Tiefverwurzelte Ängste vor Zuwanderung und eigener Benachteiligung sowie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verstärken sich in Teilen der Gesellschaft.

Das bringt innergesellschaftliche Konflikte zu Tage. Hassparolen und sogar Gewalt gegen Geflüchtete und politische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger nehmen zu.

Laut Medienberichten wurden 2016 rund 3.500 Angriffe mit fremdenfeindlichem Hintergrund erfasst, darunter Anschläge und Überfälle auf Flüchtlingsunterkünfte und gefährliche Körperverletzung. Zwar haben sich die Zahlen 2017 im Vergleich zum Vorjahr um rund ein Drittel verringert, dennoch wurden 2017 mehr als 300 Menschen verletzt.

## Kommunale Konfliktbearbeitung

Im Rahmen des Programms »Kommunale Konfliktberatung – Integration fördern – Kommunen stärken – Vernetzung schaffen« berät und begleitet das ForumZFD, eine von 9 Trägerorganisationen des Zivilen Friedensdienstes, mehrere Städte und Gemeinden in Deutschland. Mit dem innovativen Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung werden Kommunen dabei unterstützt, soziale Veränderungen und Integrationsprozesse zu gestalten. Dabei geht es nicht nur um die Herausforderungen, die sich aus der Aufnahme der Geflüchteten für Kommunen ergeben. Auch Themen wie die zunehmende soziale Spaltung der

Gesellschaft, der demographische Wandel oder Abwanderung aus einigen Landesteilen, die sich auf das Zusammenleben in Städten und Gemeinden auswirken, werden in Blick genommen. Ziel ist es, Kommunen bei der Bewältigung von Spannungen und Konflikten zu beraten und nachhaltige Lösungen zu erarbeiten.

Dabei setzt das ForumZFD »Kommunale Konfliktberaterinnen und -berater« ein. Sie sind im konstruktiven Umgang mit Konflikten qualifiziert und bringen als »allparteiliche Mittler« neue Impulse in angespannte Konfliktsituationen ein.

---

## Exkurs: Der Zivile Friedensdienst im Libanon

Der ZFD schöpft für seine Arbeit in Deutschland aus seiner langjährigen Erfahrung in der internationalen Friedensarbeit. So setzen sich Friedensfachkräfte z.B. im Libanon ein, um Gewalt und Spannungen vorzubeugen.

Das Land steht vor großen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen und ist stark durch den Krieg im benachbarten Syrien betroffen. Etwa 1,5 Millionen Geflüchtete leben im Libanon, die Mehrheit davon kommt aus Syrien. Das entspricht etwa einem Viertel der libanesischen Bevölkerung und das Land hat Schwierigkeiten diese Herausforderung zu bewältigen. In der Bevölkerung gibt es

Spannungen und Ressentiments gegenüber den Zugezogenen.

Nach dem Motto »Recyclen um des Friedens willen« setzen der ZFD und seine Partnerorganisationen vor Ort auf Annäherung durch gemeinsame Erfolge. Syrerinnen und Syrer, Libanesinnen und Libanesen arbeiten in einem Recyclingprojekt zusammen und stellen gemeinsam etwas auf die Beine, das allen gleichermaßen zugutekommt. Z.B. werden im Rahmen des Projekts Blech und Plastik aussortiert und anschließend verkauft. Aus dem Erlös wird ein Vorhaben finanziert, das die Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels selbst planen.

## Quellen und weiterführende Informationen

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:  
[www.bmz.de/de/laender\\_regionen/subsahara/demokratische\\_republik\\_kongo/index.html](http://www.bmz.de/de/laender_regionen/subsahara/demokratische_republik_kongo/index.html)
- Weingardt, Markus A., Was Frieden schafft. Religiöse Friedensarbeit. Akteure Beispiele Methoden, 2014, Gütersloher
- Oßenbrügge, Jürgen, Ressourcenkonflikte in Afrika, Wissenschaft & Frieden 2009-2:  
[www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1534](http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1534)
- Stützer, Sylvia, Der ungelöste Konflikt in Afrikas Mitte. Die Kriegsökonomie in der Demokratischen Republik Kongo als Hindernis für die Friedenskonsolidierung durch die Vereinten Nationen, Diplomarbeit, 2009
- Der Zivile Friedensdienst: [www.ziviler-friedensdienst.org/de/projekt/starkung-gewaltfreier-konfliktbearbeitung-bei-jugendlichen-und-burgerbeteiligung-lokalen](http://www.ziviler-friedensdienst.org/de/projekt/starkung-gewaltfreier-konfliktbearbeitung-bei-jugendlichen-und-burgerbeteiligung-lokalen)
- Zentrum für internationale Friedenseinsätze, Berlin: [www.zif-berlin.org/fileadmin/uploads/analyse/dokumente/veroeffentlichungen/DRK\\_April\\_2009.pdf](http://www.zif-berlin.org/fileadmin/uploads/analyse/dokumente/veroeffentlichungen/DRK_April_2009.pdf)
- Amnesty International, Jahresbericht DR Kongo 2018:  
[www.amnesty.de/jahresbericht/2018/kongo-demokratische-republik#section-1722071](http://www.amnesty.de/jahresbericht/2018/kongo-demokratische-republik#section-1722071)
- Bundeszentrale für Politische Bildung: [www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54633/kosovo](http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54633/kosovo)
- Dealing with the Past: [www.dwp-balkan.org](http://www.dwp-balkan.org)
- Forum Ziviler Friedensdienst: [www.ziviler-friedensdienst.org/de/publikation/monumenti](http://www.ziviler-friedensdienst.org/de/publikation/monumenti)
- Kommunale Konfliktberatung, Forum Ziviler Friedensdienst: [www.forumzfd.de/de/kkb](http://www.forumzfd.de/de/kkb)
- Forum Ziviler Friedensdienst: [www.forumzfd.de/en/lebanese-syrian-recycling-project](http://www.forumzfd.de/en/lebanese-syrian-recycling-project)
- Lustig, Silvia, Grundlagen der Kommunalen Konfliktberatung. Ein Handbuch für Lehre und Weiterbildung, 2018, Köln: [konfliktbearbeitung.net/sites/default/files/zfd\\_handbuch\\_digital.pdf](http://konfliktbearbeitung.net/sites/default/files/zfd_handbuch_digital.pdf)

## Impressum

Herausgeber  
Ohne Rüstung Leben  
Arndtstraße 31  
70197 Stuttgart  
Telefon 0711 608396  
Telefax 0711 608357  
E-Mail [orl@gaia.de](mailto:orl@gaia.de)  
[www.ohne-ruestung-leben.de](http://www.ohne-ruestung-leben.de)

Verantwortliche Redakteurin  
Kerstin Deibert

Bezug  
[www.ohne-ruestung-leben.de/weiterbilden](http://www.ohne-ruestung-leben.de/weiterbilden)

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Ohne Rüstung Leben e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Das Projekt »Friedliche Gesellschaften gemeinsam gestalten – die *Agenda 2030* unter dem Blickwinkel Frieden« wird gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit finanzieller Unterstützung des



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

sowie vom Katholischen Fonds.